

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1920

184 (9.7.1920) Erstes und Zweites Blatt

Wannabereit:
In Karlsruhe frei ins Haus
geliefert monatlich 5,50 M.,
an den Ausgabestellen ab-
geholt monatlich 5,10 M.
Auswärts durch unsere
Agenturen bezogen 5,50 M.
monatlich, am Posttag
abgeholt monatlich 5,30 M.,
vierteljährlich 15,90 M., durch
den Briefträger frei ins
Haus gebracht monatlich
5,65 M., vierteljährlich 16,95 M.
**Verlag, Schriftleitung
und Geschäftsstelle**
Ritterstraße 1.

Karlsruher Tagblatt

Anzeigen:
die 9. u. 10. Spaltenzeile
über dem Datum 1) lokal
1,40 M., 2) auswärtig 1,60 M.,
Reklamesp. 5.— M., an
erster Stelle 5,50 M.,
Abatt nach Tarif.
Anzeigenannahme
bis 12 Uhr mittags,
kleinere Anzeigen frühestens
bis 4 Uhr nachmittags.
Sprechstunden:
Geschäftsstelle Nr. 203,
Berlin Nr. 207,
Schriftleitung Nr. 20 u. 204

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift
„Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Gesetzgeber: Hermann v. Sauer. Verantwortlich für Politik: Martin Dolsinger; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für den literarischen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für den literarischen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für den literarischen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt.

117. Jahrg. Nr. 184.

Freitag, den 9. Juli 1920

Erstes Blatt.

Verhandlungen über die Abrüstung Deutschlands.

Der dritte Tag.

Ein Erfolg des Ministers Dr. Simons.
(Eigener Drahtbericht.)

Spaa, 8. Juli. (Wolff.) Die dritte Sitzung der Konferenz fand gestern nachmittags um 1/4 Uhr statt. In ihr nahmen ungefähr 50 Personen, Delegierte und Sachverständige, teil. Sofort nach der Eröffnung der Sitzung schilderte Reichsminister Dr. Simons die Schwierigkeiten, in die Deutschland durch die Forderungen der Entente verwickelt worden sei. Auf der einen Seite soll Deutschland die Waffenlieferung durchführen, auf der anderen nimmt man ihm die Truppen, die diese Waffen ersetzen sollen. Wir brauchen das Heer außerdem, um die innere Ruhe zu sichern. Wir haben große Sorge wegen der Unruhen, die bei der kritischen Wirtschaftslage Deutschlands zu befürchten sind. Ein vermindertes Heer können wir nur dann haben, wenn sich durch die Verhandlungen in Spaa die wirtschaftliche Lage in Deutschland bessern sollte. Deshalb haben wir vorgeschlagen, zunächst die wirtschaftlichen Fragen zu besprechen. Doch es würde nicht angehen, als die Besiegten die Tagesordnung festzusetzen. Das ist Sache der Sieger. Wir haben uns entschlossen, eine Antwort auf Lloyd Georges Frage mit klaren Daten und Zahlen zu geben. Der Minister machte darauf aufmerksam, daß wir gewisse Erwartungen gegen namentlich die, daß uns die Alliierten über die Katastrophe, von der wir in den kommenden Monaten bedroht seien, in wirtschaftlicher und finanzieller Beziehung hinweg helfen. Lloyd George rief hier das Wort: „Was heißt das?“, worauf Dr. Simons erwiderte, er meine, daß wir unsere finanzielle Verpflichtungen aus der Wiedergutmachung nicht etwa durch neue Banknoten bezahlen, sondern durch die Verhandlungen in Spaa zu einer gesunden finanziellen Entwicklung kommen. Lloyd George schien diese Erklärung zu befriedigen. In Spritgebung seiner Ausführungen erklärte Dr. Simons, daß unsere Erwartungen weiter dahin gehen, daß die Alliierten den Waffenstillstand aus dem besiegten in das unbesiegte Gebiet verdrängen würden.

Minister Dr. Simons erbat jetzt noch einmal das Wort. Er wolle noch einiges sagen, da wir bedauerlicherweise über die Frage nicht weiter mit beraten könnten. Lloyd George habe ganz Recht, die Waffenbestände in Deutschland seien eine Gefahr für Deutschlands Nachbarn. Lloyd George könne sich aber in der Lage als Ministerpräsident eines mächtigen reicheren Landes nicht wohl vorstellen, wie die Verhältnisse in Deutschland lägen, aber es sei wohl nicht ehrenrührig von uns, daß wir nicht die Macht hätten, unseren Willen durchzuführen. Lloyd George unterbrach die Rede und rief: „Das besiegte Frankreich von 1870 zeigte, wie man Revolutionen niederschlägt.“ Minister Dr. Simons erklärte, wir würden es, wenn möglich, ebenso machen, aber er wolle daran erinnern, daß wir damals den Franzosen geholfen hätten. Wenn die Entente das gleiche bei uns tue, dann solle sie uns die nötigen Nachmittel belassen. Geheze reichten in Deutschland nicht aus, wenn nicht die nötigen Nachmittel zu ihrer Durchführung dahinter ständen. Die deutschen Sachverständigen hatten eine genaue Karte über die Truppensituationen bei einem Heere von 200 000 Mann und bei einem Heere von 100 000 Mann zusammengestellt. Diese Karten würden vielleicht der Entente als Material nicht unerwünscht sein. Die Konferenz nahm das Material entgegen. Um 6 Uhr 45 Min. wurde die Sitzung geschlossen; die deutsche Delegation verließ als erste das Schloß.

Die nächste Sitzung findet am Donnerstag, 12 Uhr mittags, statt. Um 7 Uhr fuhr die Automobile der deutschen Delegation vor dem Hotel Annette wieder vor. Die Minister zogen sich sofort mit den im Hotel zurückgebliebenen Ministern und Staatssekretären zu einer Besprechung zurück, die eine halbe Stunde dauerte. Im Hotel de la Reineuse waren die Militär Sachverständigen zu einer Sonderbesprechung zusammengetreten. Auf eine Anregung des Reichsanzlers Fehrenbach hin hatten sich gleichzeitig die Sachverständigen des „Kuf“ und „Marine“ zusammengefunden, um gewisse Ziffern zu vergleichen und etwa vorliegende Befehle der Alliierten auf diesem Gebiete aufzuklären.

Der vierte Tag.

(Eigener Drahtbericht.)

Spaa, 8. Juli. (Wolff.) Die ungeheure Spannung, die vor der gestrigen Konferenz auf allen gelastet hat, ist im großen und ganzen gewichen. Die gestrige Konferenz hatte sich in viel freieren und verbindlicheren Formen abgespielt als die ersten. Lloyd George, der etwas später als die deutschen Delegierten kam, tauschte mit dem deutschen Reichsanzler einen Gruß aus. Die Straßen, in denen die Flaggen aller Nationen lustig flatterten, sind von zahlreichen Fußgängern, Kurgängern und hier weilenden Kurgästen belebt. Sie alle lenken ihre Schritte zum Schloß, wo heute die Entscheidung um 12 Uhr über den deutschen Vorschlag in der Entwaffnungsfrage und in der Frage der Herabsetzung der Heeresstärke getroffen werden soll. In den Delegationen fanden seit dem frühen Morgen überall Beratungen statt. Die deutschen Minister berieten beim Reichsanzler. Die militärischen Sachverständigen stellten die Visten fest, die in einer Sitzung der alliierten Delegationen vorgelegt wurden, die um 11 Uhr vormittags stattfand.

Man erwartet, da die Alliierten ihre Beratungen noch nicht beendet haben, daß die Sitzung auf heute nachmittags verschoben wird. Das Ergebnis der heutigen Sitzung wurde mit großer Spannung erwartet. Werden die besonders schwerwiegenden Gründe, die am Schluß der gestrigen Sitzung der Minister des Innern Dr. Simons noch einmal den Alliierten vor Augen führte, das immer noch bestehende Mißtrauen beseitigen? Es gibt nur zwei Möglichkeiten, entweder die deutschen Vorschläge werden berücksichtigt, oder die Alliierten, die das Recht des Friedensvertrages, nach dem die Herabsetzung der Heeresstärke bis 10. Juli 1920 beendet sein muß, für sich haben, verschließen einseitig diese Frist um einige Monate. Da wir entschlossen sind, wie der Reichsanzler und der Minister des Innern wiederholt betonten, die Bedingungen des Friedensvertrages durchzuführen, so würden wir uns diesem Diktat ein Abkommen, wie wir es von kontradiktorischen Verhandlungen nicht erhofft haben, kein Abkommen, das eine Entspannung der Lage herbeiführen könnte. Wenn das Heer innerhalb dreier Monate, wie dies Lloyd George als möglich hinstellte, um 100 000 Mann vermindert werden soll, wie soll in der gleichen Zeit die Eintreibung der vorhandenen Waffenbestände bei der Bevölkerung erfolgen? Jeder zweite Mann der Reichswehr weiß, daß er in drei Monaten allenfalls auf der Straße steht. Das muß niederdrückend auf die Tatkraft der Truppen wirken, die selbst zu klei-

neren Polizeiaktionen unter solchen Umständen nur widerwillig und ohne Interesse schreiten würden.

Der heutige Vormittag war von Gerüchten und Kombinationen gefüllt.

Spaa, 8. Juli. (Wolff.) Die heutige Sitzung der Konferenz wurde um 1/4 Uhr im Schloß de la Reineuse eröffnet. Lloyd George teilte sofort im Namen der Alliierten mit, daß Deutschland, sofern es sofort zur Entwaffnung der Einwohnerviehren und der Sicherheitspolizei schreite, für die Herabsetzung der Heeresstärke auf 100 000 Mann eine Frist auf 6 Monate zugestimmt sei. Die Herabsetzung des Heeres habe in zwei Raten: bis zum 1. Oktober 1920 auf 150 000 Mann, bis zum 1. Januar 1921 auf 100 000 Mann stattzufinden.

Minister Dr. Simons betonte, daß eine so bedingte Fristverlängerung eine einseitige Auflage der Entente darstellen würde, nicht ein Abkommen unter den verhandelnden Parteien. Lloyd George entgegnete, die Alliierten beäunten darauf, daß wir das Programm mit diesen Abmachungen annehmen. Demgegenüber erklärte Minister Dr. Simons, daß wir das nicht tun könnten, ohne vorher eingehend über die Einzelheiten beraten zu haben.

Die Konferenz wurde daraufhin um 5 Uhr auf Freitag vormittags 11 Uhr vertagt. Die deutschen Mitglieder der Delegation sind sofort nach der Rückkehr von der Konferenz zu einer Besprechung zusammengetreten.

S. Von unserer Berliner Redaktion wird uns zedrahlet:

Die Stimmungsbilder der verschiedenen Richterhatter geben natürlich nur Tagesdurchschnitte der Spaer Verhandlungen wieder. Das gilt für die deutschen wie für die ausländischen, wozu dann aber bei manchen der letzteren doch persönliche oder offizielle Beeinflussungsabsichten kommen. In dem bunten Nachrichtenmosaik ist manches wertvolle Stück scharfer Beobachtung und manch geistvolles Wort. Wichtig ist natürlich, sich aus dem Ganzen ein annähernd richtiges Bild zu machen, wozu, wie immer, einige Distanz gehört. Der erste verstimmdende Eindruck, den das deutsche Publikum aus den Berichten gewinnen mußte, ist: Die hochmütige Siegerhaltung von Versailles besteht fort und Lloyd George tritt als Diktator auf, wie es Bismarck in solcher Form niemals getan haben würde. Das war besonders an den ersten Tagen, als sein ärgerliches, schroffes Verhalten nach dem Reichswehrminister dem deutschen Reichsanzler Fehrenbach gewiß sehr peinlich in die Ohren geflungen hat. Aber in diesem besonderen Falle wollen wir nicht übersehen, daß zweifellos auf unserer Seite ein Mißverständnis vorgelegen hat. Die ersten Sitzungen wurden dann noch durch die falsche psychologische Einstellung Fehrenbachs in seiner Programmrede und durch ein offenes Mißverständnis der Bedeutung der beiden Fachmänner Dr. Simons und General v. Seekt die Situation mehrfach getrübt; dann aber hat die intensive Beschäftigung mit dem Hauptproblem zusammen mit dem persönlichen Einandergegenüberstehen und schließlich der gerade jetzt in den Konferenzsaal geworfene russisch-polnische Geschäftsmittel bereits zu einer besonnenen und sachlichvolleren Prüfung der deutschen Auffassung geführt.

Wahrscheinlich wird die Forderung nach Vermeidung unserer Wehrmacht sachlich gemildert werden, wenn auch in der Form mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung Frankreichs, Deutschland durch quartalweise Verminderung der Truppenzahl und Ablieferung weiterer, besonders in unzureichendem Zivilistenbesteh befindlicher Waffen seinen guten Willen beweisen muß. Gleichzeitig aber ist klar, daß die Entwicklung im Osten eines Tages auch für den Entente-Eigeninn solche Bestimmungen ganz sinnfällig machen können.

Dementi.

(Eigener Drahtbericht.)
Berlin, 8. Juli. Die „Nationalzeitung“ vom 7. Juli bringt eine Meldung ihres Sonderkorrespondenten in Spaa, derzufolge vor der Abreise der deutschen Delegation in Spaa ein Entente-Diplomat dem Reichsanzler im Namen Lloyd Georges mitgeteilt hätte, daß die militärischen Fragen in Spaa in erster Linie erörtert werden würden. Der Diplomat hätte Fehrenbach den Rat gegeben, die militärischen Sachverständigen gleich mitzubringen. Diese Meldung beruht auf freier Erfindung.

Verschiebung der heutigen Sitzung.

(Eigener Drahtbericht.)
Spaa, 8. Juli. Die auf 12 Uhr anberaumte Sitzung der Konferenz ist auf 4 Uhr nachmittags verschoben worden.

Eiferjucht.

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

—ar. Spaa, 6. Juli.

Es ist Tatsache, und alle Widerwärtigen werden kurze Weile haben: Lloyd George hat sich sowohl mit den Franzosen als auch mit den Belgiern vertragen! Mit den Franzosen schon am Freitag voriger Woche auf der Vorkonferenz in Brüssel. Die meisten französischen Zeitungen, immer noch gegängelt von einer geheimen Wirkung des Jeksur, behielten das peinliche Geheimnis für sich. Nur der „Petit Parisien“ konnte aus Sensationslust nicht dicht halten. Er erzählte, wie Millerand in Brüssel Zwangsmassnahmen gegen Deutschland verlangt habe, falls es mit Kohlenlieferungen weiter im Rückstand bleibe. Lloyd George habe Deutschland aufs energischste gegen neue Ueberfälle (Frankfurt! Nahrung!) in Schutz genommen, sei plötzlich aus der Sitzung verschwunden und nicht wiedergekehrt.

Der schlechte Eindruck dieser Nachricht wurde schnell wieder verwischt, indem man den „Daily Chronicle“, das Leitblatt Lloyd Georges, veranlaßte, mitzuteilen, England habe sich unter Berücksichtigung seines freundschaftlichen Einverständnisses dazu verpflichtet, sich an den Zwangsmassnahmen gegen Deutschland zu beteiligen, falls dieses keine Beweise für seinen guten Willen erbringen sollte. Aber das war eben eine kurzbeinige Widerwärtigkeit. Sie ist von der vollen Wahrheit bereits überholt. Die volle Wahrheit ist und sie wird von Deuten, die in Brüssel dabei waren, bestätigt: Lloyd George und Millerand haben sich wegen der Kohlenfrage fundenlang in den Haaren gelegen. Ihr Streit war heftig und im Ton alles andere als freundschaftlich. Millerand verlangte eine dauernd tagende interalliierte Kommission, die die gesamte deutsche Kohlenzeugung und ihre Verteilung im Aus- und Inlande (also auch in Deutschland selbst) überwachen sollte. Lloyd George nannte dies, kurz gesagt, Unsinn und nun fuhr Millerand auf, Lloyd George habe gut reden als Schwärmer eines durch den Krieg glückselig gewordenen Niesenreiches, das seine Kohlen wieder wie im einstigen Frieden ausführe, während sich andere Länder ihre Kohlen mit Hängen und Würgen holen müßten. Lloyd George ließ seinem Debatter-Temperament die Zügel schießen und erklärte: Will Frankreich die deutsche Kohle graben und verteilen, so möge es dies allein tun. England wird nicht mitmachen und auch nicht mehr zur Hilfe springen, wenn Frankreich sich in die Kesseln legt. Darob wieder hallo auf französischer Seite. Ein Wort gab das andere. Der italienische Minister Spora, im Gegensatz zu den westlichen Kampfparthen merkwürdig kühl, suchte zu vermitteln. Man möge doch erst einmal das Dyerlam selbst, die deutsche Regierung, hören. Aber es wurde keine Ruhe. Schließlich schlug Präsident de la Croix ein gemühtiges Teständchen vor, um die Geister zu beruhigen. Der Testich wurde gedeckt. Aber wer nicht mehr erhört, war Großbritanniens Ministerpräsident. Ohne Abschiedsgruß verschwand er im Auto.

Und nun kommt die Sache mit den Belgiern. Auf der Fahrt im Auto durch Belgien lachende Naturen erkannte Lloyd George, daß es diesem angeblich von den Hunnen vermissenen Lande doch immer noch recht gut gehe, und er machte, als ihn belgische Journalisten wogelagert überfielen, aus dem Lobe des Wohlstandes ihres Landes kein Hehl. Ja, er fügte hinzu, das Voraus von 2½ Milliarden, die Belgien von der Kriegsentwässerung bekomme, sei doch eigentlich eine außerordentliche, um nicht zu sagen unverdiente Vergünstigung. „Welche Günst dem Anaben!“ ruft der eiferjüchtige Faust. Aber da kam er bei den Belgiern schon an. Sie schlugen Lärm und verlangen jetzt Genugthuung. Diese ward ihnen bereits durch den — französischen Finanzminister, der die Erklärung abgab, man werde auf jeden Fall die Hoffnungen des unglücklichen Belgiens nicht enttäuschen. Aber ein Stachel ist geblieben. Die Wunden, die Lloyd George französisch und belgischen Herzen geschlagen, sind auch dadurch noch nicht geheilt, daß man sich in gemeinsamer Entrüstung über das anfängliche Fehlen deutscher Militärs in Spaa wieder zusammenfand. Die Herren von der Entente müssen sich sagen, daß ihre eigene Presse, d. h. vor allem die französische, aber auch die „Times“, wochenlang versicherten, eine Erörterung der Entwaffnungsfrage werde in Spaa unter keinen Umständen zugelassen. Deshalb blieb der deutsche Reichswehrminister fürs erste zu Hause, und er ist auf den Wink der Alliierten prompt nach Spaa gereist. Will man überall bösen Willen sehen? Das Konferenzprogramm von Spaa, wie es im Brüsseler Protokoll niederschrieben (von Millerand und Lloyd George eigentlich noch niedergeschrieben) wurde, war der deutschen Delegation bislang nicht bekannt. Jetzt weiß man es also. Und man weiß auch, daß eine Mißgeburt der Zwietracht unter den Alliierten ist.

Auszug aus dem Friedensvertrag.

(Schluß.) Artikel 255.

1. Mit Rücksicht auf die Welterung Deutschlands im Jahre 1871, einen Anteil der französischen Schuld zu übernehmen, wird Frankreich, soweit Esatz-Verordnungen in Betracht kommen, in Abweichung von den bestehenden Bestimmungen von jeder Zahlung gemäß Artikel 254 befreit.

2. Soweit Wäsen in Betracht kommt, wird derjenige Anteil der Schuld, dessen Ursprung der Wiederermächtigungsausgleich auf Maßnahmen der deutschen und preussischen Regierung zur deutschen Besetzung Polens zurückzuführen, von der Schuldübernahme im Sinne des Artikels 254 ausgenommen.

3. Soweit andere angetretene Gebietsteile als Esatz-Verordnungen in Betracht kommen, wird derjenige Anteil der Schuld, dessen Betrag nach dem Urteil des Wiederermächtigungsausgleichs den Aufwendungen des Deutschen Reiches oder der deutschen Staaten für das im Artikel 256 erwähnte Gut und Eigentum entspricht, von der Schuldübernahme im Sinne des Artikels 254 ausgenommen.

4. Diejenigen Mächte, in deren Besitz deutsches Gebiet übergeht, erwerben gleichzeitig alles Gut und Eigentum des Deutschen Reiches oder der deutschen Staaten, das in diesen Gebieten gelegen ist. Der Wert dieser Erwerbungen wird von dem Wiederermächtigungsausgleich festgesetzt und von dem erwerbenden Staate diesen bezahlt, um der deutschen Regierung in Anrechnung auf die Wiederermächtigungsausgleichs ausgeschrieben zu werden.

5. Im Sinne dieses Artikels gilt das gesamte Eigentum der Krone, des Deutschen Reiches und der deutschen Staaten sowie das Privateigentum des vorzeitigen Deutschen Kaisers und der anderen künftigen Personen als zum Gut und Eigentum des Deutschen Reiches und der deutschen Staaten gehörig.

6. In Anbetracht der Bestimmungen, unter denen im Jahre 1871 Esatz-Verordnungen an Deutschland abgetreten worden sind, wird Frankreich mit Bezug auf Esatz-Verordnungen von jeder im gegenwärtigen Artikel vorgesehenen Zahlung oder Güterfrist zugunsten Deutschlands für den Wert des in Esatz-Verordnungen begebenen und dem Reich oder den deutschen Einzelstaaten gehörigen Gutes und Eigentums befreit.

7. Ebenso wird Belgien von jeder Zahlung oder Güterfrist zugunsten Deutschlands für den Wert des dem Reich oder den deutschen Staaten gehörigen und in den auf Grund des gegenwärtigen Vertrages an Belgien fallenden Gebietsteilen begebenen Gutes und Eigentums befreit.

8. Die bisher deutschen Gebiete einschließlich der Kolonien, Protektorate und zugehörigen Gebiete abgesehen, die gemäß Artikel 22 Teil I (Völkerbund) des gegenwärtigen Vertrages unter die Verwaltung eines Mandatars treten, so übernimmt weder das Gebiet noch die Mandatarmacht einen Teil des Schuldendienstes des Reiches oder der deutschen Staaten.

9. Alles dem Reich oder den deutschen Staaten gehörige und in solchen Gebieten belegen Gut und Eigentum geht zugleich mit den Gebieten auf die Mandatarmacht als solche über, und es ist auf Anlaß dieses Uberganges keinerlei Zahlung oder Güterfrist zugunsten jener Regierungen zu bewirken.

10. Im Sinne dieses Artikels gilt das gesamte Eigentum der Krone, des Deutschen Reiches und der deutschen Staaten sowie das Privateigentum des vorzeitigen Deutschen Kaisers und der anderen künftigen Personen als zum Gut und Eigentum des Deutschen Reiches und der deutschen Staaten gehörig.

11. Deutschland verpflichtet sich, binnen einem Monat nach Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrages die den von den alliierten und assoziierten Hauptmächten zu bezeichnenden Behörden die Summe auszusprechen, die bei der Reichsbank auf den Namen des Verwaltungs-

rats der türkischen Staatsschuldenverwaltung als Unterlage für die erste Papiergeldausgabe der türkischen Regierung in Gold hinterlegt werden sollte.

2. Deutschland erkennt seine Verpflichtung an, zwölf Jahre hindurch jährlich die Goldzahlungen zu bewirken, auf welche die von ihm zu verschiedenen Zeitpunkten auf den Namen des Verwaltungsrats der türkischen Staatsschuldenverwaltung als Unterlage der zweiten und der folgenden Papiergeldausgaben der türkischen Regierung hinterlegten deutschen Esatzanweisungen lauten.

3. Deutschland verpflichtet sich binnen einem Monat nach Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrages den von den alliierten und assoziierten Hauptmächten hierfür bezeichneten Behörden das bei der Reichsbank oder an anderer Stelle hinterlegte Gelddepot auszuliefern, das den rückständigen Teil des am 5. Mai 1915 vom Verwaltungsrat der türkischen Staatsschuldenverwaltung der Kaiserlich-ottomanischen Regierung zugelegten Goldbeschlusses darstellt.

4. Deutschland verpflichtet sich, den alliierten und assoziierten Hauptmächten seine etwaigen Rechte an der Summe Gold und Silber zu übertragen, die dem türkischen Finanzministerium im November 1918 als Anschaffung für die im Mai 1919 für den Dienst der inneren türkischen Anleihe überwiesen hat.

5. Deutschland verpflichtet sich, binnen einem Monat nach Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrages den alliierten und assoziierten Hauptmächten alle Goldsummen auszusprechen, die Deutschland oder seinen Angehörigen aus Anlaß der von ihnen der österreichisch-ungarischen Regierung gewährten Vorstöße als Pfand oder sonstige Sicherheit überwiesen wurden.

6. Deutschland verpflichtet sich in Artikel XV des Waffenstillstandsvertrages vom 11. November 1918 ausgesprochenen Verzicht auf alle Vorrechte aus den Bestimmungen der Verträge von Bukarest und Trianon und ihrer Zusatzverträge. Die Vorstöße des Artikels 292 Teil X (Wirtschaftliche Bestimmungen) des gegenwärtigen Vertrages bleibt unberührt.

7. Es verpflichtet sich, allwo, was es an Zahlungsmitteln, Bargeld, Werten, begebenen Handelspapieren oder Erzeugnissen auf Grund der vorgenannten Verträge erhalten hat, je nachdem auf Nummern oder auf die alliierten und assoziierten Hauptmächte zu übertragen, zu zahlen oder zu übertragenen Wertbeträge, Zahlungsmittel, Werte und Erzeugnisse aller Art wird von den alliierten und assoziierten Hauptmächten später bestimmt.

8. Unbeschadet des auf Grund des gegenwärtigen Vertrages von Deutschland ausgesprochenen Verzichts auf eigene Rechte oder Rechte seiner Angehörigen kann der Wiederermächtigungsausgleich binnen einem Jahre nach Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrages fordern, daß Deutschland alle Rechte oder Beteiligungen deutscher Reichsangehöriger an allen öffentlichen Unternehmungen oder Konzessionen in Rußland, China, Oesterreich, Ungarn, Bulgarien, der Türkei, den Westindien und zugehörigen Gebieten dieser Staaten oder in Gebieten, die früher Deutschland oder seinen Verbündeten gehört haben und auf Grund des gegenwärtigen Vertrages abgetreten werden müssen oder unter die Verwaltung eines Mandatars treten, erwidert; andererseits hat die deutsche Regierung binnen sechs Monaten nach Inkrafttreten dieses Vertrages die Besatzung dieser Gebiete und Beteiligungen, die Deutschland etwa selbst besitzt, dem Wiederermächtigungsausgleich zu übertrauen.

9. Deutschland übernimmt die Verpflichtung, seine auf diese Weise enteigneten Angehörigen zu entschädigen. Der Wiederermächtigungsausgleich setzt den Wert der übertragenen Rechte und Beteiligungen fest und schreibt Deutschland die entsprechende Summe auf die Wiederermächtigungsausgleichsrechnung. Die deutsche Regierung hat dem Wiederermächtigungsausgleich binnen sechs Monaten nach Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrages eine Liste aller in Betracht kommenden Rechte und Beteiligungen zu übermitteln, einerlei, ob die Rechte und Beteiligungen bereits erworben oder nur Anwartschaften oder noch nicht ausgeübt sind, und hat zugunsten der alliierten und assoziierten Mächte sowohl in seinem eigenen Namen wie in dem seiner Angehörigen auf alle obigen Rechte und Beteiligungen, die in der vorgenannten Liste etwa nicht verzeichnet sind, zu verzichten.

10. Deutschland verpflichtet sich, auf die alliierten und assoziierten Mächte seine gesamten Forderungen an Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei zu übertragen, insbesondere diejenigen, die sich aus der Erfüllung von Verpflichtungen ergeben oder ergeben werden, die es diesen Mächten gegenüber während des Krieges übernommen hat.

11. Jede Darlehensverpflichtung Deutschlands aus dem gegenwärtigen Vertrage, die in Part Gold ausgedrückt ist, ist nach Wahl der Gläubiger zu erfüllen in Pfund Sterling zahlbar London, in Golddollars der Vereinigten Staaten zahlbar New York, in Goldfranken zahlbar Paris und in Goldlire zahlbar Rom.

12. Bei Ausführung des gegenwärtigen Artikels bestimmt sich Gewicht und Feingehalt für die oben genannten Währungen jeweils nach dem am 1. Januar 1914 in Geltung gewesenen gesetzlichen Vorschriften.

13. Deutschland gewährleistet der brasilianischen Regierung die Rückzahlung aller bei dem Bankhaus S. Weichroder in Berlin hinterlegten Summen, die aus dem Verkauf von Kaffee des Staates Sao Paulo in den Häfen von Hamburg, Bremen, Antwerpen und Triest herrühren; die Summe ist zu dem vereinbarten Satz oder den vereinbarten Sätzen zu verzinsen. Da sich Deutschland der rechtzeitigen Ueberweisung der genannten Summen an den Staat Sao Paulo widersetzt hat, gewährleistet es gleichfalls, daß die Zahlung zum Marktfuß des Inkraftsetzungstages erfolgt.

14. Deutschland gewährleistet der brasilianischen Regierung die Rückzahlung aller bei dem Bankhaus S. Weichroder in Berlin hinterlegten Summen, die aus dem Verkauf von Kaffee des Staates Sao Paulo in den Häfen von Hamburg, Bremen, Antwerpen und Triest herrühren; die Summe ist zu dem vereinbarten Satz oder den vereinbarten Sätzen zu verzinsen. Da sich Deutschland der rechtzeitigen Ueberweisung der genannten Summen an den Staat Sao Paulo widersetzt hat, gewährleistet es gleichfalls, daß die Zahlung zum Marktfuß des Inkraftsetzungstages erfolgt.

15. Bei Ausführung des gegenwärtigen Artikels bestimmt sich Gewicht und Feingehalt für die oben genannten Währungen jeweils nach dem am 1. Januar 1914 in Geltung gewesenen gesetzlichen Vorschriften.

16. Deutschland gewährleistet der brasilianischen Regierung die Rückzahlung aller bei dem Bankhaus S. Weichroder in Berlin hinterlegten Summen, die aus dem Verkauf von Kaffee des Staates Sao Paulo in den Häfen von Hamburg, Bremen, Antwerpen und Triest herrühren; die Summe ist zu dem vereinbarten Satz oder den vereinbarten Sätzen zu verzinsen. Da sich Deutschland der rechtzeitigen Ueberweisung der genannten Summen an den Staat Sao Paulo widersetzt hat, gewährleistet es gleichfalls, daß die Zahlung zum Marktfuß des Inkraftsetzungstages erfolgt.

17. Bei Ausführung des gegenwärtigen Artikels bestimmt sich Gewicht und Feingehalt für die oben genannten Währungen jeweils nach dem am 1. Januar 1914 in Geltung gewesenen gesetzlichen Vorschriften.

18. Bei Ausführung des gegenwärtigen Artikels bestimmt sich Gewicht und Feingehalt für die oben genannten Währungen jeweils nach dem am 1. Januar 1914 in Geltung gewesenen gesetzlichen Vorschriften.

19. Bei Ausführung des gegenwärtigen Artikels bestimmt sich Gewicht und Feingehalt für die oben genannten Währungen jeweils nach dem am 1. Januar 1914 in Geltung gewesenen gesetzlichen Vorschriften.

20. Bei Ausführung des gegenwärtigen Artikels bestimmt sich Gewicht und Feingehalt für die oben genannten Währungen jeweils nach dem am 1. Januar 1914 in Geltung gewesenen gesetzlichen Vorschriften.

21. Bei Ausführung des gegenwärtigen Artikels bestimmt sich Gewicht und Feingehalt für die oben genannten Währungen jeweils nach dem am 1. Januar 1914 in Geltung gewesenen gesetzlichen Vorschriften.

22. Bei Ausführung des gegenwärtigen Artikels bestimmt sich Gewicht und Feingehalt für die oben genannten Währungen jeweils nach dem am 1. Januar 1914 in Geltung gewesenen gesetzlichen Vorschriften.

23. Bei Ausführung des gegenwärtigen Artikels bestimmt sich Gewicht und Feingehalt für die oben genannten Währungen jeweils nach dem am 1. Januar 1914 in Geltung gewesenen gesetzlichen Vorschriften.

24. Bei Ausführung des gegenwärtigen Artikels bestimmt sich Gewicht und Feingehalt für die oben genannten Währungen jeweils nach dem am 1. Januar 1914 in Geltung gewesenen gesetzlichen Vorschriften.

25. Bei Ausführung des gegenwärtigen Artikels bestimmt sich Gewicht und Feingehalt für die oben genannten Währungen jeweils nach dem am 1. Januar 1914 in Geltung gewesenen gesetzlichen Vorschriften.

26. Bei Ausführung des gegenwärtigen Artikels bestimmt sich Gewicht und Feingehalt für die oben genannten Währungen jeweils nach dem am 1. Januar 1914 in Geltung gewesenen gesetzlichen Vorschriften.

27. Bei Ausführung des gegenwärtigen Artikels bestimmt sich Gewicht und Feingehalt für die oben genannten Währungen jeweils nach dem am 1. Januar 1914 in Geltung gewesenen gesetzlichen Vorschriften.

28. Bei Ausführung des gegenwärtigen Artikels bestimmt sich Gewicht und Feingehalt für die oben genannten Währungen jeweils nach dem am 1. Januar 1914 in Geltung gewesenen gesetzlichen Vorschriften.

29. Bei Ausführung des gegenwärtigen Artikels bestimmt sich Gewicht und Feingehalt für die oben genannten Währungen jeweils nach dem am 1. Januar 1914 in Geltung gewesenen gesetzlichen Vorschriften.

30. Bei Ausführung des gegenwärtigen Artikels bestimmt sich Gewicht und Feingehalt für die oben genannten Währungen jeweils nach dem am 1. Januar 1914 in Geltung gewesenen gesetzlichen Vorschriften.

sind beträchtliche Mengen Getreide in Brand gesteckt und angeblich 15 000 Zentner vernichtet worden. In der Provinz Ferrara sind neue Gewalttate vorgekommen. Die Landarbeiter haben dort die Arbeit teilweise wieder aufgenommen.

Trenfino. (Eigener Drahtbericht.) Mailand, 8. Juli. Die „Popolo d'Italia“ aus Rom berichtet, wird mit der bevorstehenden Annexion des Trentino das Zivilkommissariat aufgehoben und die italienische Gesetzgebung in Kraft erklärt. Die Regierung beabsichtigt, die Wahlen in beiden Venetien möglichst bald auszuführen.

Mustapha Kemal Pascha. (Eigener Drahtbericht.) Konstantinopel, 8. Juli. (Havas.) Einer Versammlung zufolge hat Mustapha Kemal Pascha die Mobilisierung u. Zwangsrekrutierung aller wehrfähigen Männer ohne Unterschied der Religion angeordnet.

Die deutsche Republik. Zur Verlegung des Reichstags. Die gemeldet beschloss am letzten Dienstag der Reichstagsauschuss des Reichstags, einem Wunsch des Reichstagspräsidenten entsprechend, mit Rücksicht auf die große Zahl von Wählern, die in Spaa dringend benötigt werden, die Reichstagsberatungen auszuschieben und nur den Reichstagsauschuss und den volkswirtschaftlichen Ausschuss weiter tagen zu lassen. Man nimmt an, daß bis zum 28. Juli der große Reichstag im Reichstagsauschuss vollständig beraten und in den Tagen vom 28. bis 31. Juli im Plenum erledigt werden kann, vor dem Beginn der großen Sommerferien.

Die Zusammenkunft des Reichstags. Nach der offiziellen Fraktionsliste, die am 9. Juli abgeschlossen worden ist, haben die Fraktionen des Reichstags folgende Stärke: Sozialdemokraten 113, Unabhängige Sozialdemokraten 81, Zentrum 89, Deutsche Volkspartei 66, Deutsche Demokratische Partei 45, Bayerische Volkspartei 20, Deutsche Hanoverische Partei 4, Bayerischer Bauernbund 4, Kommunistische Partei 2 Mitglieder.

Die Zusammenkunft des Reichstags. Nach der offiziellen Fraktionsliste, die am 9. Juli abgeschlossen worden ist, haben die Fraktionen des Reichstags folgende Stärke: Sozialdemokraten 113, Unabhängige Sozialdemokraten 81, Zentrum 89, Deutsche Volkspartei 66, Deutsche Demokratische Partei 45, Bayerische Volkspartei 20, Deutsche Hanoverische Partei 4, Bayerischer Bauernbund 4, Kommunistische Partei 2 Mitglieder.

Die Zusammenkunft des Reichstags. Nach der offiziellen Fraktionsliste, die am 9. Juli abgeschlossen worden ist, haben die Fraktionen des Reichstags folgende Stärke: Sozialdemokraten 113, Unabhängige Sozialdemokraten 81, Zentrum 89, Deutsche Volkspartei 66, Deutsche Demokratische Partei 45, Bayerische Volkspartei 20, Deutsche Hanoverische Partei 4, Bayerischer Bauernbund 4, Kommunistische Partei 2 Mitglieder.

Die Zusammenkunft des Reichstags. Nach der offiziellen Fraktionsliste, die am 9. Juli abgeschlossen worden ist, haben die Fraktionen des Reichstags folgende Stärke: Sozialdemokraten 113, Unabhängige Sozialdemokraten 81, Zentrum 89, Deutsche Volkspartei 66, Deutsche Demokratische Partei 45, Bayerische Volkspartei 20, Deutsche Hanoverische Partei 4, Bayerischer Bauernbund 4, Kommunistische Partei 2 Mitglieder.

Die Zusammenkunft des Reichstags. Nach der offiziellen Fraktionsliste, die am 9. Juli abgeschlossen worden ist, haben die Fraktionen des Reichstags folgende Stärke: Sozialdemokraten 113, Unabhängige Sozialdemokraten 81, Zentrum 89, Deutsche Volkspartei 66, Deutsche Demokratische Partei 45, Bayerische Volkspartei 20, Deutsche Hanoverische Partei 4, Bayerischer Bauernbund 4, Kommunistische Partei 2 Mitglieder.

Die Zusammenkunft des Reichstags. Nach der offiziellen Fraktionsliste, die am 9. Juli abgeschlossen worden ist, haben die Fraktionen des Reichstags folgende Stärke: Sozialdemokraten 113, Unabhängige Sozialdemokraten 81, Zentrum 89, Deutsche Volkspartei 66, Deutsche Demokratische Partei 45, Bayerische Volkspartei 20, Deutsche Hanoverische Partei 4, Bayerischer Bauernbund 4, Kommunistische Partei 2 Mitglieder.

Die Zusammenkunft des Reichstags. Nach der offiziellen Fraktionsliste, die am 9. Juli abgeschlossen worden ist, haben die Fraktionen des Reichstags folgende Stärke: Sozialdemokraten 113, Unabhängige Sozialdemokraten 81, Zentrum 89, Deutsche Volkspartei 66, Deutsche Demokratische Partei 45, Bayerische Volkspartei 20, Deutsche Hanoverische Partei 4, Bayerischer Bauernbund 4, Kommunistische Partei 2 Mitglieder.

Die Zusammenkunft des Reichstags. Nach der offiziellen Fraktionsliste, die am 9. Juli abgeschlossen worden ist, haben die Fraktionen des Reichstags folgende Stärke: Sozialdemokraten 113, Unabhängige Sozialdemokraten 81, Zentrum 89, Deutsche Volkspartei 66, Deutsche Demokratische Partei 45, Bayerische Volkspartei 20, Deutsche Hanoverische Partei 4, Bayerischer Bauernbund 4, Kommunistische Partei 2 Mitglieder.

Die Zusammenkunft des Reichstags. Nach der offiziellen Fraktionsliste, die am 9. Juli abgeschlossen worden ist, haben die Fraktionen des Reichstags folgende Stärke: Sozialdemokraten 113, Unabhängige Sozialdemokraten 81, Zentrum 89, Deutsche Volkspartei 66, Deutsche Demokratische Partei 45, Bayerische Volkspartei 20, Deutsche Hanoverische Partei 4, Bayerischer Bauernbund 4, Kommunistische Partei 2 Mitglieder.

Die Zusammenkunft des Reichstags. Nach der offiziellen Fraktionsliste, die am 9. Juli abgeschlossen worden ist, haben die Fraktionen des Reichstags folgende Stärke: Sozialdemokraten 113, Unabhängige Sozialdemokraten 81, Zentrum 89, Deutsche Volkspartei 66, Deutsche Demokratische Partei 45, Bayerische Volkspartei 20, Deutsche Hanoverische Partei 4, Bayerischer Bauernbund 4, Kommunistische Partei 2 Mitglieder.

Die Zusammenkunft des Reichstags. Nach der offiziellen Fraktionsliste, die am 9. Juli abgeschlossen worden ist, haben die Fraktionen des Reichstags folgende Stärke: Sozialdemokraten 113, Unabhängige Sozialdemokraten 81, Zentrum 89, Deutsche Volkspartei 66, Deutsche Demokratische Partei 45, Bayerische Volkspartei 20, Deutsche Hanoverische Partei 4, Bayerischer Bauernbund 4, Kommunistische Partei 2 Mitglieder.

Die Zusammenkunft des Reichstags. Nach der offiziellen Fraktionsliste, die am 9. Juli abgeschlossen worden ist, haben die Fraktionen des Reichstags folgende Stärke: Sozialdemokraten 113, Unabhängige Sozialdemokraten 81, Zentrum 89, Deutsche Volkspartei 66, Deutsche Demokratische Partei 45, Bayerische Volkspartei 20, Deutsche Hanoverische Partei 4, Bayerischer Bauernbund 4, Kommunistische Partei 2 Mitglieder.

Die Zusammenkunft des Reichstags. Nach der offiziellen Fraktionsliste, die am 9. Juli abgeschlossen worden ist, haben die Fraktionen des Reichstags folgende Stärke: Sozialdemokraten 113, Unabhängige Sozialdemokraten 81, Zentrum 89, Deutsche Volkspartei 66, Deutsche Demokratische Partei 45, Bayerische Volkspartei 20, Deutsche Hanoverische Partei 4, Bayerischer Bauernbund 4, Kommunistische Partei 2 Mitglieder.

Die Zusammenkunft des Reichstags. Nach der offiziellen Fraktionsliste, die am 9. Juli abgeschlossen worden ist, haben die Fraktionen des Reichstags folgende Stärke: Sozialdemokraten 113, Unabhängige Sozialdemokraten 81, Zentrum 89, Deutsche Volkspartei 66, Deutsche Demokratische Partei 45, Bayerische Volkspartei 20, Deutsche Hanoverische Partei 4, Bayerischer Bauernbund 4, Kommunistische Partei 2 Mitglieder.

Die Zusammenkunft des Reichstags. Nach der offiziellen Fraktionsliste, die am 9. Juli abgeschlossen worden ist, haben die Fraktionen des Reichstags folgende Stärke: Sozialdemokraten 113, Unabhängige Sozialdemokraten 81, Zentrum 89, Deutsche Volkspartei 66, Deutsche Demokratische Partei 45, Bayerische Volkspartei 20, Deutsche Hanoverische Partei 4, Bayerischer Bauernbund 4, Kommunistische Partei 2 Mitglieder.

Die Zusammenkunft des Reichstags. Nach der offiziellen Fraktionsliste, die am 9. Juli abgeschlossen worden ist, haben die Fraktionen des Reichstags folgende Stärke: Sozialdemokraten 113, Unabhängige Sozialdemokraten 81, Zentrum 89, Deutsche Volkspartei 66, Deutsche Demokratische Partei 45, Bayerische Volkspartei 20, Deutsche Hanoverische Partei 4, Bayerischer Bauernbund 4, Kommunistische Partei 2 Mitglieder.

Die Zusammenkunft des Reichstags. Nach der offiziellen Fraktionsliste, die am 9. Juli abgeschlossen worden ist, haben die Fraktionen des Reichstags folgende Stärke: Sozialdemokraten 113, Unabhängige Sozialdemokraten 81, Zentrum 89, Deutsche Volkspartei 66, Deutsche Demokratische Partei 45, Bayerische Volkspartei 20, Deutsche Hanoverische Partei 4, Bayerischer Bauernbund 4, Kommunistische Partei 2 Mitglieder.

Die Zusammenkunft des Reichstags. Nach der offiziellen Fraktionsliste, die am 9. Juli abgeschlossen worden ist, haben die Fraktionen des Reichstags folgende Stärke: Sozialdemokraten 113, Unabhängige Sozialdemokraten 81, Zentrum 89, Deutsche Volkspartei 66, Deutsche Demokratische Partei 45, Bayerische Volkspartei 20, Deutsche Hanoverische Partei 4, Bayerischer Bauernbund 4, Kommunistische Partei 2 Mitglieder.

Die Zusammenkunft des Reichstags. Nach der offiziellen Fraktionsliste, die am 9. Juli abgeschlossen worden ist, haben die Fraktionen des Reichstags folgende Stärke: Sozialdemokraten 113, Unabhängige Sozialdemokraten 81, Zentrum 89, Deutsche Volkspartei 66, Deutsche Demokratische Partei 45, Bayerische Volkspartei 20, Deutsche Hanoverische Partei 4, Bayerischer Bauernbund 4, Kommunistische Partei 2 Mitglieder.

Die Zusammenkunft des Reichstags. Nach der offiziellen Fraktionsliste, die am 9. Juli abgeschlossen worden ist, haben die Fraktionen des Reichstags folgende Stärke: Sozialdemokraten 113, Unabhängige Sozialdemokraten 81, Zentrum 89, Deutsche Volkspartei 66, Deutsche Demokratische Partei 45, Bayerische Volkspartei 20, Deutsche Hanoverische Partei 4, Bayerischer Bauernbund 4, Kommunistische Partei 2 Mitglieder.

Die Zusammenkunft des Reichstags. Nach der offiziellen Fraktionsliste, die am 9. Juli abgeschlossen worden ist, haben die Fraktionen des Reichstags folgende Stärke: Sozialdemokraten 113, Unabhängige Sozialdemokraten 81, Zentrum 89, Deutsche Volkspartei 66, Deutsche Demokratische Partei 45, Bayerische Volkspartei 20, Deutsche Hanoverische Partei 4, Bayerischer Bauernbund 4, Kommunistische Partei 2 Mitglieder.

Die Zusammenkunft des Reichstags. Nach der offiziellen Fraktionsliste, die am 9. Juli abgeschlossen worden ist, haben die Fraktionen des Reichstags folgende Stärke: Sozialdemokraten 113, Unabhängige Sozialdemokraten 81, Zentrum 89, Deutsche Volkspartei 66, Deutsche Demokratische Partei 45, Bayerische Volkspartei 20, Deutsche Hanoverische Partei 4, Bayerischer Bauernbund 4, Kommunistische Partei 2 Mitglieder.

Die Zusammenkunft des Reichstags. Nach der offiziellen Fraktionsliste, die am 9. Juli abgeschlossen worden ist, haben die Fraktionen des Reichstags folgende Stärke: Sozialdemokraten 113, Unabhängige Sozialdemokraten 81, Zentrum 89, Deutsche Volkspartei 66, Deutsche Demokratische Partei 45, Bayerische Volkspartei 20, Deutsche Hanoverische Partei 4, Bayerischer Bauernbund 4, Kommunistische Partei 2 Mitglieder.

Der Landwirt fröhlich in Meßkirch.

Hoch klingt das Lied vom braven Mann, Der Milchwerbilligung erzwang. Der so was über sich gewann, Dem lohnt nicht Geld, dem lohnt Gesang. Gottlob, daß ich singen und preisen kann, In preisen den preisessenden Mann!

Graf Posa rügt den Preisbetrug, Die Schieber üben ihren Witz. Doch einem das Gewissen schlug: In Meßkirch war's der Landwirt Fröh. Er sah den Grafen, vernahm sein Wort Und senkte den Preis der Milch sofort.

„Eins fünfzig gilt sie — trotzdem will's So weiter liefern wie bisher. Ich gebe also meine Milch Auch künftig zu eins zwanzig her.“ Von der Karwendel bis zum Hoff. Das ganze deutsche Volk war paff.

Und jeder Blick zu Boden froh, Es schämt' sich jedes Herz und beb't Vor Freude doch, daß immer noch Ein nobler Kerl im Lande lebt. Gottlob, daß Gottlieb singen kann, In singen und preisen den braven Mann!

Gottlieb im „Tag“.

Die verschenkten Kirchen.

Es ist leider keine wahre Geschichte, um die es sich hier handelt, sondern ein Märchen aus alter Zeit, und erzählt wird es von einem fremden Mann in einer ländlichen Wahlversammlung, von der Auguste Supper im Juliheft des „Schwäbischen Bundes“ berichtet. Es ist so schön und tiefinnig, daß wir es hier kurz wiedergeben möchten, ohne freilich zu hoffen, daß es Nachahmung finden werde. Jener Fremdling erzählt also in der Versammlung von einer fernen Zeit, da es soweit gekommen war, daß Männer und Weiber von Fremdlingen Geiß nahmen und damit ihr eigenes Volk, die Söhne und Töchter ihres eigenen Landes gegeneinander und gegen die Obrigkeit hetzten bis Blut floß, und der

Bruder den Bruder erwarde.“ Da gab es ein wundervoll reiches Jahr mit einem Kirchengesegen, wie ihn die ältesten Leute kaum je erlebt hatten. Und da faheten die Bauern in irgendeinem Dorf, zuerst einer, dann ein zweiter und schließlich alle, den großen Entschluß, keine Kirchen zu verkaufen, sondern sie alle zu verschenken, da ja der Herrgott sich für den Segen auch nicht bezahlen ließ. „Zur Zeit der Kirchengesegnete kamen die Leute aus der Stadt mit großen Körben, schweren Beuteln und grimmigen Gesichtern. Sie prügelten sich unter den vollen Bäumen, schimpften, schützten, lästerten und meinten, weil jeder vor dem andern hinter die Kirchen wollte. Da kam der Bittler, ideltete und rief, daß heuer alle Kirchen im Dorf verschenkt werden würden, weil der Herrgott den großen Segen auch geschenkt habe. Wer aber Geld und Reich und Geiz zeige, der müsse ohne Kirchen davon.“

Zuerst fanden die Leute starr vor Staunen und Unglauben. Dann, als sie merkten, daß es kein schlechter Späß war, stieg ihnen vor Freude und vor Scham das Blut ins Gesicht. Es ging ein Gerücht an, so froh und schön, wie ein Feiertag. Von einem Baum zum andern hallten die frohen Rufe. Die Bauern halfen und sorgten, daß den Bäumen nichts Uebles geschah. Aber die von der Stadt hatten von selbst große Sorgfalt, denn sie dachten daran, daß jeder Alt voll des heimlichen Segens und Lebens sei, davon sie jetzt zehrten, und später wieder zehren würden. Zuerst wollte jeder seine eigenen Körbe füllen. Aber auf einmal war es Beschluß, daß man die ganze Ernte erst nach getaner Arbeit ehrlich verteilen sollte.

In der Woche danach gingen zwei Arbeitergruppen zu ihren Herrn. Wie eine Verschwörung war's. „Wir wollen eine Stunde länger arbeiten ohne Lohn. Die Bauern von Eberdorf sind in der Not, weil sie keine Säuen und Schaflein, keine Wägen und Maschinen kaufen können. Sie haben unsern Frauen und Kindern Kirchen geschenkt. Wir lassen sie nicht sterben. Unsere Zeit können wir nicht besser anwenden, als wenn wir ihnen helfen. Der Bauer lebt von uns, und wir leben von Bauern.“

So geschah's, daß erit in zwei, dann in allen Fabriken der Stadt und zuletzt in allen des Landes täglich eine Stunde gearbeitet wurde für die Bauern, ganz ohne Lohn.

Die Fabrikanten traten zusammen. „Unsere Leute sind wie verdammt. Wir bleiben nicht hinter ihnen zurück. Das sie mit Lust und Eifer arbeiten, ist mehr, als wir zu hoffen wagen. Wir bezahlen ihnen die Stunde; die härtere Produktion bringt uns genug ein, wir wollen uns nichts schenken lassen!“

Die Kaufleute hörten von der Sache. „Nun ist wieder Ware da, nun gibt es Umsatz! Die Preise müssen herunter! Das ganze Geschäft muß leichtflüssiger werden! Die hohen Prozente machen's nicht, sondern die vielen Prozent! Man muß den Leuten wieder Freude am Kaufen beibringen! Jeder muß jetzt Opfer bringen, damit alle den Nutzen davon haben. Die Bauern sollen uns nicht über sein.“

Das Wort von „Opfer“ war gefallen, und es schloß nicht mehr ein. Es hätte alle zusammen wie eine gute Kette, in der kein Glied schlief und keines schadhaft war. Ja, mehr noch; wie einen lebendigen Leib, in dem unaussprechlich die gleichen Säfte und Kräfte kreisten, jedem Teil und jedem Glied, wie dem Ganzen zum Nutzen. Die Weisen und die Dummen, die Jungen und die Alten, die Reichen und die Armen kannten und verstanden das Wort, denn es war nicht leer, sondern voll Tat und Kraft, die, wie das Wasser, das aus's Mühlrad fließt, alles in Bewegung, jedes Rad zum Drehen, jeden Gang zum Laufen brachte, so daß neues Leben durch's ganze Land ging und Brot für alle da war.“

Theater und Musik.

Ein neues Werk von Hermann Burte. Hermann Burte steht im Begriff, ein neues großes Bühnenwerk „Prometheus“ zu beenden, dessen Aufführung am 24. September in der „Babilischen Woche“ am Landes-Theater in Karlsruhe stattfinden wird.

Abd. Landes-Theater. — Konzertsah. Mitteilung der Intendant: Gerhart Hauptmanns überaus wirksames Trauerspiel „Eiga“ wird wieder in den Spielplan des Landes-Theaters aufgenommen und gelangt am Samstag, den 10. Juli, im Städtischen Konzertsaal nach längerer Pause zur Aufführung. Die Besetzung der Hauptrollen ist im wesentlichen die alte. Die Titelfigur trägt wieder in den Händen der Frau Gertraud, ihr Partner ist Herr Baumdach. Neu sind Herr Herz als Ritter und Herr Schneider als Opiza. Die Vorstellung beginnt um 7 Uhr.

In der am Montag, den 12. Juli im Konzerthaus stattfindenden Vorstellung „Der Zigeunerbaron“ wird sich Kammermeister Dr. Hans Rohrer vor seinem Weggange an die Düsseldorfener Oper vom Karlsruher Publikum verabschieden.

Kunst und Wissenschaft.

Zur vorübergehenden Schließung der Karlsruher Kunsthalle. Man schreibt uns: Das hiesige und auswärtige Publikum wird damit rechnen müssen, daß die Karlsruher Kunsthalle insofern ihrer dringend notwendigen Neuordnung für einige Zeit vollständig geschlossen bleibt. Die Direktion wird aber bemüht sein, wenigstens einige Räume des Museums für den September in neugeordnetem Zustande dem Publikum wieder zugänglich zu machen. Es wird auch das Bestreben der Direktion sein, im Interesse des heimischen Publikums die Räume der Galerie in Zukunft zu weit häufigeren Öffnungszeiten dem Publikum zugänglich zu machen, während der Fremde auch außerhalb der üblichen Besuchszeit die Galerie besichtigen kann.

Technische Hochschule Karlsruhe. Die Frequenz der Technischen Hochschule Karlsruhe beträgt im laufenden Sommersemester 1491 Studierende und 106 Gasthörer an einzelnen Vorlesungen, gegen 1070 Studierende und 181 Gasthörer im vorigen Sommer. Die Besuchsziffer beläuft sich somit im ganzen auf 1597 gegenüber 1201 im Sommerhalbjahr 1919.

Die Studierenden — darunter 26 Damen — verteilen sich auf die Fachabteilungen wie folgt: Mathematik und allgemeine bildende Fächer 48, darunter 5 Damen, Architektur 136, darunter 2 Damen, Ingenieurwesen 282, Maschinenwesen 402, Elektrotechnik 271, Chemie 291, darunter 19 Damen.

Ein neues Werk von Schläfer. Prof. Dr. A. C. Weindmann in Wollach (früher in Karlsruhe, ein Mitarbeiter der „Pyramide“) vermochte die im Hessischen Landesmuseum zu Kassel befindliche überlebensgroße Bronzefigur des Landaraten Karl als Werk Schläfers aus dem Jahre 1698, kurz vor Beginn der Arbeiten am Denkmal des Großen Kurfürsten, wiederzuerkennen. Die Wägte wird in einem der nächster Seite der „Zeitschrift für bildende Kunst“ mit einem Aufsatze des Entdeckers veröffentlicht werden.

Der Beit nahmen mehr als 170 Mitglieder aus allen Teilen Deutschlands, hauptsächlich aber aus Norddeutschland, an. Die Besprechungen der Architekten dort am meisten beschäftigt sind, an den Sitzungen teil. Es waren weitgehende Beratungen über Organisations- u. Wirtschaftsprüfung, die fast drei Tage füllten und bei denen mancher barte Strauß angeschlossen wurde. Als Vorstand wurde Prof. Dr. G. R. G. v. Dresden, Professor G. H. v. Stuttgart und Architekt R. v. Hannover gewählt. Dieser führt zusammen mit dem geschäftsführenden Ausschuss, der sich aus den Vertretern der Landesverbände zusammensetzt, die Geschäfte. Die einzelnen Landesverbände sind an die Hauptverwaltung angeschlossen.

So sah der Ausschuss von Würzburg eine festgesetzte Architektenkammer und der Bund eine als geschlossene einzelne Interessengemeinschaft der selbständigen Privatarchitekten aus dieser Tagung hervor.

Eine französische Gesandtschaft in München.
Die die „Mündener Nachrichten“ zuverlässig erlauben, hält Frankreich an seiner Absicht fest, in München eine Gesandtschaft zu errichten. Die Verwirklichung dieser Absicht wird wohl nicht lange mehr auf sich warten lassen. Der Zweck der Absicht ist jedenfalls, die Beziehungen zu den ausländischen Verbänden des Reiches und Bayerns zu bringen.

Uebersetzung Ludendorffs nach München.
Nach einer Drahtmeldung uneres Münchener fr. Mitarbeiters wird General Ludendorff demnächst nach München übersiedeln und Wohnung in einer Villa der Prinz-Rudwig-Edle, einem Vorort im Süden Münchens, nehmen. Es steht nicht fest, ob er die Villa gekauft oder gemietet hat. Die sozialdemokratische Münchener Presse benützt die Gelegenheit zu Angriffen gegen Ludendorff, das Ministerium Rahr und den Münchener Volksrepräsentanten Höbner.

Kein sächsisches Amnestiegesetz.
Die sächsische Volkstammer hat den Entschluß eines Amnestiegesetzes abgelehnt. Sie erachtet jedoch, wie unser Dresdener Mitarbeiter drahtet, den Reichstagen, die Entscheidung in der Amnestiefrage zu beschleunigen.

Bergarbeiterauslands.
Die Bergarbeiter der Meuselwitzer Braunkohlengruben sind einer Witterung aus dem Bergbau in den Ausland getreten. Sie fordern eine Wohnsitznahme, die ihnen nur zum Teil bewilligt wurde.

Badischer Landtag.

Der Gesetzentwurf über die Landtagswahlen, das Volkswahlrecht und die Volksabstimmung.
(Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter.)

Der Verfassungsausschuss des Landtags hat am Donnerstag nachmittag dem von einem Unterausschuss ausgearbeiteten Entwurf eines Gesetzes über die Landtagswahlen, das Volkswahlrecht und die Volksabstimmung (Verfassungsentwurf: Abs. Wittenmann, St.) mit geringfügigen Änderungen einstimmig angenommen.

Über die Einzelheiten dieses Gesetzentwurfs wird noch genauer zu berichten sein. Für heute seien nur seine wichtigsten Bestimmungen erwähnt.

Die Vorschriften über die Landtagswahlen schließen sich im allgemeinen eng an diejenigen des Reichswahlgesetzes vom 7. April 1920 an. Der Hauptunterschied ist, daß das Land für die Landtagswahl in sieben Wahlkreise eingeteilt werden soll. Dabei umfaßt der Wahlkreis I die Kreise Konstanz und Württemberg, der Wahlkreis II die Kreise Ludwigsburg und Weinsberg, der Wahlkreis III den Kreis Heilbronn, der Wahlkreis IV die Kreise Offenburg und Baden, der Wahlkreis V den Kreis Karlsruhe, der Wahlkreis VI den Kreis Mannheim, der Wahlkreis VII die Kreise Heilbronn und Mosbach. Wahlkreiseverbände, wie sie das Reichswahlgesetz vorseht, werden nicht gebildet.

Die in den sieben Wahlkreisen unterschiedlich gebildeten Stimmen sind den Landesparlamentarier zugeteilt. Nach § 25 der Verfassung erhält jede Partei oder Wählergruppe auf je 10 000 der für ihren Wahlkreis abgegebenen Stimmen einen Abgeordneten. Bei der Berechnung der in den Wahlkreisen unterschiedlich gebildeten Stimmen auf die Landesparlamentarier erhält jeder noch verbleibende Rest von mehr als 7500 Stimmen einen weiteren Abgeordneten. Nicht übernommen ist die Bestimmung des Reichswahlgesetzes, wonach einem Reichswahlvorschlag höchstens die gleiche Zahl der Abgeordnetenstellen zugeteilt werden kann, die auf die ihm angeschlossenen Reichswahlvorschläge entfallen sind.

Die Reichsfinanzverwaltung in Baden.
Dem Landtag ist am Mittwoch Kenntnis gegeben worden von einem Schreiben des Finanzministers mit einer Denkschrift über die Verhandlungen des badischen Finanzministeriums mit der Reichsregierung wegen der Einrichtungs der Reichsfinanzverwaltung in Baden. Die Denkschrift wird gedruckt und dann verteilt.

Gefühle.
In der Mittwochssitzung des Landtags gab der Präsident wiederum den Eingang mehrerer Gefühle bekannt. Darunter befand sich ein Gefühl der Beamten der badischen Kreisverwaltungen wegen der Einweisung der Kreisverwaltungen in die neue Verwaltungsordnung, ferner ein Gefühl des Kreisverwaltungsbeamten der Kriminalbeamten Baden wegen der dienstlichen Verhältnisse des Kriminalverwaltungsbeamten Baden, weiter ein solches des Kreisverwaltungsbeamten gegen die Verweisung des Kreisverwaltungsbeamten an den Hauptbahnhof in Karlsruhe, dann ein solches von 22 Beamten der Deutschen Post- und Fernsprechanstalten in Karlsruhe um Ermäßigung einer Steuerungsanfrage von der dem oder staatliche Beihilfe.

Detigheim.
Der Verein Volkshaus Detigheim hat den badischen Landtag zum Besuch des Schauspielers „Wilhelm Kell“ in Detigheim am Mittwoch, den 14. d. Mts., eingeladen.

Tagung des Reichsverbandes deutscher Lichtspieltheaterbesitzer.

Karlsruhe, 8. Juli.
Der Reichsverband deutscher Lichtspiel-Theaterbesitzer e. V. hielt heute vormittag unter dem Vorsitz seines Präsidenten Scheer-Bösch im Gartenhof des „Moninger“ die Generalversammlung ab, der auch die Erschienenen begrüßte. Den Verwaltungsbericht erstattete Generalsekretär Spengler-Berlin. Diefem entnehmen wir: Die Revolution hatte eine Reihe von Umwandlungen und Forderungen im Gefolge, die ihre Wirkung auf die Lage des Lichtspielgewerbes ausübten. Die Kriegsjahre brachten dem Lichtspielgewerbe einen Aufschwung gebracht, während der Revolution fand ein Abwärtsfilm statt. Zunächst kam der sog. Aufschwungfilm auf, der auch die Theaterbesitzer zum Protest herausforderte. Daneben machte

sich das Verlangen der Kommunalisierung der Kinotheater geltend. In diesen beiden Punkten waren die Richtlinien für die Arbeit des Reichsverbandes gegeben. Für eine freirechtliche Zensur hat sich der Verband eingesetzt und in diesem Sinne eine Denkschrift den Reichs- und Landesregierungen und den Parlamenten zukommen lassen. Zu dem Regierungsentwurf von dem Kinogesez nahm der Vorstand des Reichsverbandes Stellung und Fühlung mit Abgeordneten der Mehrheitsparteien. Getadelt wurde, daß das Schulalter für die Jugendlichen auf 18 Jahre hinaufgesetzt wurde. Nach Annahme des Kinogesezes durch die Nationalversammlung hat der Reichsverband eine Eingabe an den Reichsrat gemacht. Dann hat der Verband sich bemüht, daß die Zensurbedingungen nicht zu schroff gehandhabt werden, besonders von den örtlichen Stellen. Das Reichsministerium des Innern hat daraufhin eine entsprechende Anweisung an die Landeszentralbehörde erlassen. Der Reichsverband erstattete eine lebhafteste Tätigkeit für die Abänderung des Gesezes. Weiter ist der Verband eingetreten gegen ein übertriebenes Anziehen der Aufsichtskontrollen. Ein weiteres Gebiet des Reichsverbandes war die Schlichtung von Streitigkeiten von Theaterbesitzern und Filmverleihern. An zahlreichen vaterländischen Aufgaden hat sich der Verband beteiligt. Der Verband selbst hat sich gut entwickelt und an Mitgliederzahl zugenommen.

An den Geschäftsbericht schloß sich eine Ansprache. Eine Aenderung der Satzungen wurde einstimmig angenommen. Zum Vorsitzenden wurde auf Antrag von Gabriel, der auch von anderen Seiten unterstützt wurde, Herr Scheer einstimmig wiedergewählt. Zum zweiten Vorsitzenden Schlicht, Berlin, zum Schriftführer Lange-Duisburg, zum Schatzmeister Samter-Berlin, zu Kassieren Stüttgen-Röll, Lehmann-Stettin, Nagel-Stuttgart, Kiesel-Nürnberg, Ledrahn-Hannover, Henze-Erfurt, Waczinsky-Dresden, Rosenburg-Konstanz, Steigermald-Hamburg, Baron-Breslau, Häberle-München, Wohlfahrt-Berlin, Schäfer-Berlin und Rehm-Mann-Minden.

Der Präsident gab bekannt, daß die drohende Kommunalisierung in den Kreis der Besprechungen gezogen worden sind. Es gelangte folgende Entschließung zur Annahme:

Der Reichsverband der deutschen Lichtspieltheaterbesitzer protestiert gegen die Einbeziehung seines Gewerbes in den Rahmengesetzentwurf für kommunalisierte Betriebe. Der ethische Grund zur Kommunalisierung fällt durch das inkrafttretende neue Jugendgesez weg. Aus kommunalfinanziellen Beweggründen heute noch mit dem Gedanken der Kommunalisierung der Lichtspieltheater zu liebängeln, hält der Reichsverband geradezu für eine Veremessenheit. Täglich zeigt es sich, daß Staat und städtische Behörden unfähig sind, individuell zu leitende Betriebe erprießlich und für die Allgemeinheit gewinnbringend zu verwalten. Weitere reiche staats- und kommunale Einnahmequellen würden durch die Kommunalisierung fraglos für immer zerstört.

In einer zweiten Entschließung wurde gegen die Härten des neuen Lichtspielgesezes protestiert, insbesondere gegen die Heraushebung des Schulalters auf 18 Jahre. Sie lautet: So sehr die deutschen Lichtspieltheaterbesitzer gewillt sind, auch die Härten des neuen Lichtspielgesezes zu tragen, protestieren sie doch gegen Zuminungen in demselben, die undurchführbar sind. Die Heraushebung des Schulalters auf 18 Jahre ist ein Schlag in das Gesicht der ganzen deutschen Jugend, die man für reif genug hält, in diesem Alter zu betreten, freiwillig in den Krieg zu gehen, allen politischen Parteien anzugehören, aber vom Besuche der zensierten Kinovorstellungen durch fanatische Bevormunder abgehalten wird. Undurchführbar ist dieser Paragraph, weil es keinem Menschen möglich ist, einwandfrei das Alter der Besucher in diesen Jahren festzustellen und dadurch unliebsamen Folgen zu entgehen.

Ein Antrag Sander-Rheinland auf Schaffung eines Reservefonds für den Reichsverband wurde angenommen; ferner ein Antrag des Verbandes Hessen und Hessen-Nassau über den Abzug der geistlichen Versicherungsbeiträge der Arbeitnehmer. Ein Antrag Berlin auf Abschaffung des Schulalters für Jugendliche wurde ebenfalls angenommen. Die nächste Generalversammlung soll in Dresden stattfinden. Verschiedene Anträge wurden angenommen. Generalsekretär Spengler-Berlin hielt einen Vortrag über Spieltheater und Umschichter. Herr Kiesel-Nürnberg dankte dem Vorstand für die Leitung der Tagung. Dann wurde vom Vorsitzenden mit Dankesworten an die Presse, die Vertreter und die Mitglieder und besonders an Herrn Kasper für die Organisation der Tagung, Herrn Bläser für die Schaffung der Ausstellung, endlich der Stadt Karlsruhe für ihr Entgegenkommen die Versammlung geschlossen.

Aus dem Stadtkreise.

Internationale Sportwettkämpfe im Colosseum.
Man teilt uns mit: Am Mittwoch abend betrat zuerst Reichleiner und Gemmel den Tempel. Gemmel ging wieder scharf ins Zeug, und Reichleiner hatte Mühe, sich der Angriffe Gemmels zu erwehren. In den seltsamen 20 Minuten konnte die Entscheidung nicht herbeigeführt werden. Den zweiten Ringkampf: Brunewald gegen Wengert entschied ersterer in 15 Minuten durch einen mächtigen seitlichen Untergriff zu seinen Gunsten. Der zweite Herausforderungskampf zwischen den Badtschwergewichten Bogtman-Bayern gegen den Polen Kautsky gewann wider Erwartung schon in der 4. Runde der Pole durch zwei mächtige „Kinnlader“, die Bogtman niedertrachten.

Kinderbankfest im Stadtpark. Das für nächsten Samstag-Nachmittag angelegte Kinderbankfest im Ehren der amerikanischen Quäfer und angunkten der Ferienkolonien findet nicht statt und wird bis auf weiteres verschoben. (M. A.)

Geschäftsjubiläum. Die weit über Karlsruhe und unter badisches Heimland hinaus rühmlich bekannte Großfürsorgerei W. J. Z. e. m. e. r., Pelzwarenhaus, Hut- und Mützen-Magazin, Kaiserstraße 126/127, kann in diesen Tagen ihr fünfzigjähriges Geschäftsjubiläum begehen. Aus kleinen Anfängen hat sich die Firma, dank des hingebenden Fleißes und der Tüchtigkeit ihrer Inhaber, zu einem außerordentlich umfangreichen, modern geleiteten Unternehmen entwickelt, das heute zu den ersten dieser Branche zählt. Groß ist das Ansehen, das die Firma hier und auswärts beim tausenden Publikum wie auch in Postkreisen genießt. — Ebenfalls begeht das fünfzigjährige Geschäftsjubiläum die Hut- und Mützen-Großhandlung Zeumer & Obenhad, Karlsruhe, Solfenstr. 78, die gleich der vorgenannten aus der Gründungsfirma C. A. Zeumer hervorgegangen ist und sich durch großzügigen Ausbau zu einer der bedeutendsten Großhandlungen Deutschlands entwickelt hat. So ist zu wünschen, daß die beiden Firmen, in denen wir führende Geschäfte unserer Stadt erblicken, auch künftig in den bisheriger Bahnen weiterzueilen und zu immer größerer Blüte gelangen!

Veranstaltungen.

Sondervorführung in der Kinematographischen Ausstellung. Es sei noch einmal daran hingewiesen, daß in Verbindung mit der Kino-Ausstellung im Danziger-Gebäude heute Freitag abend um 7 Uhr eine Reihe von Vorführungen in edisinscher Filme vor Kersten, Interessenten und sonstigen Besuchern stattfinden. Hierbei werden zahlreiche Filme aus sämtlichen medizinischen Gebieten, Gynäkologie, Pathologie, Gonorrhoe usw. gezeigt. Die medizinischen Kreise der Stadt Karlsruhe sind dazu eingeladen. Kinder haben keinen Zutritt.

Der Verband badischer tonalischer Vereine wird am 31. Juli und 1. August d. J. in Karlsruhe im Stadt. Schlachthof eine Ausstellung von 800 und 1000 Platten veranstalten. Die Ausföhrung ist dem Verein „Freunde Karlsruher“ übertragen. In dieser Ausstellung kann jeder Bundesbesitzer seinen Hund melden, gleichgültig ob dieser einem Stammklub beiliegt oder nicht. Die badischen Vereine stiften Ehrenpreise. In allen Klassen werden feste Geldpreise vergeben und außerdem nur gediegene Ehrenpreise. Besondere Tausend Mark kommen neben Geldpreisen und Gegenständen noch als Ehrenpreise zur Vergebung. Die Anmeldung der Hunde muß bis zum 17. Juli erfolgt sein. Die Ausstellung wird Samstag, den 31. Juli, mittags 12 Uhr, eröffnet (um 1 Uhr beginnt das Rufen der Hunde) und am 1. August, abends 5 Uhr, geschlossen. Die Leitung liegt in den Händen des bekannten Ausstellungslleiters Julius Schmidt. Karlsruhe, Solfenstr. 164, der Auskunft erteilt und von dem Programme und die notwendigen Meldebörsche erhältlich sind.

Standesbuch-Auszüge.

Geschäftungen. 8. Juli: Ebnard Kohlweger von St. Georgen, Hof-Führer hier, mit Rosa Hanfer von Strabingen; Otto Fels von Niederweiler, Kaufhäuser in Kandel, mit Josefine Kellner von hier; Josef Kamp von Buchen, Oberreiter hier, mit Elsa Wegel von Almdorf; Josef Kover Klein von Schweinfurt, Kaufm. abwa, mit Maria Moser von hier; Ernst Berke von Rastatt, Fabrikant hier, mit Paula Köhler von hier; Theodor Gabel von hier, Metallarbeiter hier, mit Josepina Reuber von Reintzen.

Todesfälle. 7. Juli: Dr. Franz Peter, Proturist, ledig, alt 53 Jahre; Friederike Weib, alt 60 Jahre, Ehefrau von Wilhelm Weib, Löhner; Luise Lenhard, alt 79 Jahre, Witwe von Johann Lenhard, Landwirt; Luise Danner, alt 45 Jahre, Witwe von Rudolf Danner, Kaufmann.

Beererdigung und Trauerhaus erwachsener Verstorbenen. Freitag, 9. Juli: 10 Uhr: Johann Schüller, Schneider, Schützenstraße 18. — 11 Uhr: Anna Krepplein, Dienstmädchen, Westenstr. 6. —

straße 4. — 3 Uhr: Luise Danner, Kaufmanns-Witwe, Waldhornstraße 4

Letzte Nachrichten.

Ostpreussische Kundgebung.
(Eigener Drahtbericht.)

Allenstein, 8. Juli. Zu einer überaus eindringlichen Kundgebung geladete sich der Deutsche Tag, dessen Feier am Donnerstag in Dohentheim stattfand. Die kleine Masurstadt zeigte reichsten Flaggen- und Blumenschmuck. Aus der Umgebung, insbesondere auch aus Tannenber, waren große Scharen Abkommungs-berechtigter herbeigeköhrt. Neben dem Reichskommissar Brörn von Haanz waren auch zahlreiche Vertreter der Presse aus allen Teilen Deutschlands erschienen. Im Namen der Dohentheimer Bevölkerung erklärte der erste Redner, daß Dohentheim deutsch sei und deutsch bleiben wolle. Geh. Konfessionsrat Wiehe-Altenstein richtete sodann martige Worte des Deutschstums an die Versammelten. Der Redner schilderte weiter das Schicksal des Masurlandes, das durch die Kolonisationsstätigkeiten des Deutschritterordens geworden sei. Jetzt vor der Abtümung müsse jeder im Lande an die Gräber der Helben denken, die 1914 Ostpreußen befreit hätten. Jeder müsse gerade sich an diesem historischen Orte den Namen Tannenber in die Erinnerung zurückrufen. Darnach wurde ein Telegramm des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg verlesen, das fürmische Jubelrufe hervorrief und das die Ostpreußen aufforderte, der Welt zu zeigen, daß Ostpreußen deutsch sei. Zum Schluß ergriff noch ein Redner aus den an Polen abgetretenen Gebieten das Wort. Er fand begeisterte Zustimmung, als er damit schloß, daß Ostpreußen als treue Grenzwehr jederzeit für das Reich eintreten würde. An die Kundgebung auf dem Marktplatz schloß sich ein Festzug an.

Zufreten der Schlafkrankheit in Dresden.
(Drahtmeldung uneres Dresdener Korrespondenten.)

Dresden, 8. Juli. Hier sind zahlreiche Fälle von Schlafkrankheit vorgekommen, die die Ärzte als Folge der Grippe bezeichnen.

Von der polnischen Front.

Kopenhagen, 8. Juli. (Wolff.) Nach einem Warschauer Telegramm belagt der letzte polnische Heeresbericht u. a.: Western begann der erste Teil der seit langem geplanten bolschewistischen Offensive. Das bolschewistische Heer ging an der Düna zum Angriff vor.

Wie der Warschauer Korrespondent der „Berlingske Tidende“ nun gut unterrichteter Seite erfahren haben will, kann jeden Augenblick ein

Eingreifen einer westlichen Macht zugunsten Polens erwartet werden.

Brussa geräumt.
(Eigener Drahtbericht.)

Konstantinopel, 8. Juli. Flüchtlinge berichten, daß die türkischen Nationalisten Brussa geräumt haben.

Madama und Onenent genommen.
(Eigener Drahtbericht.)

Konstantinopel, 8. Juli. (Reuter.) Englische Seestreitkräfte haben Madama und Onenent eingenommen.

Freigeisprochen.
(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 8. Juli. (Wolff.) Das Kriegsgericht hat den ehemaligen Gouverneur von Givet Charlemont, Oberleutnant Bailia, von der Anklage, bei der Kapitulation am 28. August 1914 die ihm anvertraute Festung ohne erschöpfende Ausnützung der ihm zu Gebote stehenden Verteidigungsmittel übergeben zu haben, einstimmig freigeisprochen.

Der König von Spanien in Paris.

Paris, 8. Juli. (Wolff.) Der König und die Königin von Spanien sind mit dem Infanten Don Jaime gestern mittag hier eingetroffen. Sie halten sich nur kurze Zeit auf und begeben sich sodann nach London.

Tagung des Zionistenkongresses in London.

Amsterdam, 8. Juli. Wie der „Telegraaf“ aus London meldet, wurde dort gestern der Zionistische Kongreß eröffnet. Anwesend sind 250 Delegierte aus etwa 30 verschiedenen Ländern, darunter Amerika, Deutschland, England und Rußland. Der Kongreß wählte den amerikanischen Richter Brandes zum Vorsitzenden und Dr. Nordau zum stellvertretenden Vorsitzenden.

Zur Lage Armeniens.

Paris, 8. Juli. (Gavas.) Die Internationale Konferenz für Armenien trat hier zur Prüfung der Lage dieses Landes zusammen. Sie erucht den Obersten Rat in einem Schreiben, er möge zum Schutze der Republik Armenien die nötigen Maßnahmen treffen und sich in den Besitz der Provinz Türkisch-Armenien setzen, die nach dem Beschluß des Friedensvertrages zu Armenien gehöre, damit der Schutze der dort weilenden Armenier übernommen werde. Eine Abschrift dieses Schreibens wurde dem Völkerverbande zugestellt, der auch von dem Beschluß der Konferenz benachrichtigt wurde, eine Armenische Liga mit dem Sitz in Genf zu gründen. Die Konferenz hat auch die britische Regierung gebeten, ihre Truppen aus Batum und den anderen Schwarzmeer-Häfen zurückzuziehen, wenn sich die dort befindlichen Armenier in Sicherheit befinden. Endlich wurde an die amerikanische Regierung das Ersuchen gerichtet, den Vertrag über die Versorgung Armeniens mit Lebensmitteln für 1920/21 zu erneuern.

Hamburg, 8. Juli. (Eig. Drahtber.) Prof. Dr. Bolter, der ehemalige Direktor des fiskalischen Staatslaboratoriums, ist heute im Alter von 78 Jahren gestorben.

Wangeroo, 8. Juli. (Eig. Drahtber.) Beim Baden ertranken fünf junge Mädchen.

Franckenfeld, 8. Juli. (Eig. Drahtber.) In der „Zburgauer Zeitung“ wird die Befürchtung ausgesprochen, daß nach der Aufhebung des Grenzschutzes am 24. Juli Tausende von Arbeitlosen und unglücklichen Elementen von Deutschland in die Schweiz hineinkommen könnten. In Konstantinopel wurde bereits auf die Einreiseerlaubnis aufmerksam gemacht.

Sport / Spiel.

Remmerlein Achern. Die Remnungen zu den nächsten Sonntag, den 11. d. Mts. stattfindenden Rennen sind so zahlreich eingelaufen, daß auf gut besetzte Reider gerechnet werden kann. Nachdem nachträglich noch ein Herrenreiten bei großer Beteiligung geschiedt ist, können nunmehr 7 Rennen veranstaltet werden. Somit dürfte für die Besucher der Rennen ein interessanter sportlicher Tag in Aussicht stehen.

Ausgabestellen des Karlsruher Tagblatts

B.-Baden: Ernst Brookhoff, Solfenstraße 15.
Bruchsal: Aug. Nordbruch, Zig.-Gesch. Kaiserstr. 16.
Durlach: Firma Karl Walz, Hauptstraße 56.
Rastatt: H. Kronenwerth, Buchhdlg. Kaiserstr.

In diesen Ausgabestellen kann das Tagblatt im Abonnement abgeholt und auch einzeln gekauft werden.

Schule und Kirche.

Kundgebung der altkatholischen Bischöfe.

Man schreibt uns: Anlässlich der Weisung des neuen alt-katholischen Erzbischofes von Utrecht...

Kirchen betont. Die politischen alt-katholischen Bischöfe in Polen und Amerika haben sich dieser Kundgebung angeschlossen.

Vom Wetter.

Wetternachrichtendienst der bad. Landeswetterwarte in Karlsruhe

Table with columns: Ort, Luftdr. in NN, Wind, Wetter, Niederschlag d. letzten 24 Std.

Beobachtungen badischer Wetterstationen 7^u morgens

Table with columns: Luftdr. in NN, Wind, Wetter, Niederschlag d. letzten 24 Std.

Allgemeine Witterungsübersicht. Bei stillen bis nordöstlichen Winden, die gestern durch starke am Nordrand der Alpen entstandene Luft...

wirbel und der im Westen lagernden Hochdruckgebilde...

Vorausichtige Witterung bis Freitag, 9. Juli 1920 nachts: Zunächst weitere Gewitter und Regenfälle...

Table: Rhein-Wasserkände morgens 6 Uhr. Schiffermühl, Windmühl, Rheil, Waxau, Mannheim.

Stenotypistin

für Adler- oder Remington-Schreibmaschine sofort oder später für dauernde Stellung gesucht.

Aushilfen zum Servieren für Sonntags gesucht. Städt. Arbeits-Amt.

Kapitalien 40000-80000 Mkr. auf Hypothek auszusleihen.

Geschäftshaus bei der Hauptpost zu verkaufen.

Mädchen für Hausarbeit gesucht.

Weitere Preis-Senkungen

in

Schuhwaren

des Ortsausschusses Karlsruhe des Allg. Deutschen Gewerkschaftsbundes

Ab heute verkaufen wir an Jedermann:

- Jedes Paar Herren-Stiefel in schwarz in allen Lederarten zu Mkr. 140.-

Kinder-Schuhe enorm billig.

Ortsausschuß Karlsruhe des Allg. Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Verkaufstotal städt. Ausstellungshalle, geöffnet von 9-1 u. 3-6 Uhr.

Fahrrad-Gummi

Klappstrolwagen

Habe meine Praxis wieder aufgenommen

Dr. med. W. Scholz

Krankefahrstuhl

Wagenverkauf

Dr. med. Ufer

Blagel

Wäse

Wagenverkauf

Dr. med. Eckert

Blagel

Todes-Anzeige.

Am 7. Juli verschied nach langem Leiden und nach einer schweren Operation...

Herr Dr. Franz Peter

Die Hinterbliebenen: Frau Mathilde Müller, Wwe., geb. Peter, Karlsruhe

Die Beerdigung findet am Samstag, den 10. Juli, nachmittags 3 Uhr, statt.

Karlsruhe, den 8. Juli 1920.

Am 7. d. Mts. ist unser Prokurist

Herr Dr. phil. Franz Peter

nach längerem, schwerem Leiden aus dem Leben geschieden.

Nahezu 30 Jahre hat der Entschlafene unserm Beamtenkörper angehört...

Karlsruhe, den 8. Juli 1920.

Karlsruher Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit

Trainerbriefe liefert rasch u. preiswert

Dr. med. Ufer

Von der Reise zurück! Dent. Eckert

Baubund-Möbel

Kaufen Sie preiswert

Badischer Baubund

Wasserhahnen

Wasserhahnen

Wasserhahnen

Wasserhahnen

Möbel Trotz dem seit einigen Wochen bei uns stattfindenden Preisabbau tritt nochmals hiermit ein größerer Preisabschlag ein. Möbelhaus Gebr. Bär

Reisegepäck-Versicherung gegen alle Gefahren unter Einschluss des Aufenthaltes in Hotels, Pensionen etc.

Trainerbriefe liefert rasch u. preiswert C.F. Müllersche Hofbuchhandlung m. B.H.

